

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Nischeastr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifachste, Petitzeile 1 M. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinbarung auf Postcheck. Alfred Nibel 11 502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfrist Freitag

Tariflockerung?

Im letzten Jahre haben wir wiederholt Schwierigkeiten gehabt, die Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrages durchzuführen. Gewohnheitsmäßig scheint die Spitzenvertretung des Handwerks gegen alle Anträge Einpruch zu erheben, um die Handwerksbetriebe frei zu bekommen. Der Erfolg dieser Einprüche ist sogar für die Tarife eingetreten, wo ein Handwertstarif gar nicht fortzurück. Diese Handhabung der Allgemeinverbindlichkeit mit Rücksicht kann besonders für die Lederwarenindustrie von Nachteil sein, weil die Betriebe an sich nicht groß sind, aber auch ein Tarifkontrakt auf Annahmefolge nicht besteht, da die Voraussetzungen hierfür fehlen.

Was ist nun der Sinn einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung? Es soll das, was zwei Tarifparteien abgeschlossen haben, auf Nichtmitglieder ausgedehnt werden. Das ist aus mancherlei Gründen eigentlich selbstverständlich. Denn es schafft gleichmäßige Lohnbedingungen und schaltet Schmuckkonkurrenz durch Lohndrückerei aus. Deshalb müßte die Allgemeinverbindlichkeit ebenso schnell wie umfassend ausgesprochen werden. Bei kurzfristigen Abschlüssen lohnt sich ein Antrag fast gar nicht mehr, denn man kann erleben, daß die A. V. erst dann ausgesprochen wird, wenn bereits ein neuer Tarif von den Tarifparteien abgeschlossen ist. Die Rückwirkung der A. V. kann außer Anlaß gestellt werden, denn sie ist selten.

Entschieden bisher das RMW, über eine A. V. nach rechtlichen Gesichtspunkten, so liegen jetzt Handlungen vor, die man nur als Renommierung von Tarifparteien bezeichnen kann. Anders ist es nicht zu erklären, wenn das RMW, es ablehnt, die Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifes auszusprechen, weil nach seiner Meinung der Lohn zu hoch sei und Außenleitern nicht zugemutet werden kann. So ist bis heute die A. V. der Löhne für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe nicht ausgesprochen worden, weil es dem Reichsarbeitsminister unmöglich sei, die „hohen“ Bauarbeiterlöhne bis zum nächsten Frühjahr 1932 gesetzlich festzulegen.

Die Auffassung des RMW., daß die Löhne angeblickt zu hoch seien, ist ja bekannt. Die staatlichen Stellen haben bei Schlichtungen diese Auffassung in die Praxis umgesetzt. Aber ein ganz besonderes Dokument des RMW. ist ein Schreiben dieser Stelle, worin mitgeteilt wird, daß die Allgemein-

verbindlichkeit im Linoleumlegergewerbe zu Berlin aufgehoben wird. Wir lassen das Schreiben im Wortlaut folgen:

„Die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse lassen es nicht tunlich erscheinen, die Löhne des Tarifvertrages, die zum Teil offenbar an der oberen Grenze aller Löhne des Tarifgebietes liegen, künftig im Wege staatlichen Zwanges Dritten aufzuerlegen. Ich habe daher von der Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Lohnsätze des Tarifvertrages abgesehen und aus dem gleichen Grunde die allgemeine Verbindlichkeit des bisherigen Lohn- und Akkordtarifes vom 21. Januar 1931 aufgehoben.“
Gez.: Dr. Sipler.“

Der Lohn, der hier als zu hoch für Außenleiter angesehen wird, beträgt 1,60 M. pro Stunde und wurde vor dem Schlichtungsaustritt durch einen Spruch herbeigeführt. Den beide Parteien angenommen hatten. Unsere Kollegen nahmen den Abbau von 10 Pf. allerdings nur mit 2 Stimmen Mehrheit an, und zwar mit 84 gegen 82 Stimmen.

Wir müssen schon sagen, daß das RMW. hier einen Weg geht, der mehr als bedenklich ist und den wir schärf ablehnen müssen. Wo war das RMW., als der deutsche Einzelumtrieb deutsche Betriebe stilllegte und die Arbeiter brotlos machte, aber halbtote Werke im Ausland kaufte, um seine Monopolstellung zu festigen, was zur Folge hatte, daß die Produktion im Ausland stieg, in Deutschland aber um 12 Proz. zurückging? Hier ließ man diesen „bewährten Wirtschaftsführern“ freie Hand und heute ist zu verzeichnen, daß die Aktien, die schon auf annähernd 400 gestanden hatten, unter 30 stehen. Dabei ist aber das Linoleum trotz Rationalisierung und Monopolstellung nicht billiger als 1914, sondern mehrfach teurer. Oder ist man immer noch stolz darauf, daß Ende 1930 die Linoleumpreise um 7 Proz. herabgesetzt wurden, zuvor aber eine Steigerung von 15 Proz. erfahren hatten?

Wenn wir Tarife abschließen und die Tarifparteien daran gebunden sind, so müßte es auch im RMW. Grundgesetz sein, die Außenleiter zu binden, weil sonst die tarifliche Einheit nicht gewährleistet ist. Schließlich gibt es zuguterletzt auch noch Mittel, mit den Außenleitern ein Vertragsverhältnis herbeizuführen, allerdings nicht auf dem Wege der Allgemeinverbindlichkeit.
A. B.

verderben muß, wird jedem klar sein. Aber danach fragen die hier handelnden Kreise nichts, die Hauptsache, sie feiern Scheinerfolge gegen die Träger des heutigen, ihnen so verhassten „Systems“.

In letzter Zeit genügt ihnen schon gar nicht mehr das interne Zusammenarbeiten in den großen Industrien, sondern sie gehen jetzt offen vor und fordern einiges und systematisches Handeln auf der ganzen Linie, das heißt auch in den kleinsten Betrieben. Beweis hierfür ist ein Artikel des nationalsozialistischen führenden Funktionärs Kube, über nationalsozialistische Selbsthilfe im „Märkischen Adler“, in dem es heißt:

„Bei meinen vielfachen Reisen durch Deutschland habe ich besonders in den Industriegebieten des Westens und Sachsens feststellen können, in wie umfassender Weise unserem Grundriß Geltung verschafft wird: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Daß freiverwendende Stellen von nationalsozialistischen Arbeitgebern nur mit Volksgenossen unserer Richtung besetzt werden, halte ich in Stadt und Land für eine selbstverständliche Pflicht. Das Brot, das wir zu verteilen haben, gehört den Kämpfern fürs Dritte Reich. Unsere Kaufkraft gehört unseren Volksgenossen. Was wir an Arbeit für den Schuster, Schneider, Sattler, Tischler usw. zu vergeben haben, gehört wiederum unseren Gefinnungsgenossen. Suchen wir weibliche Hilfe für unser Haus, so haben wir die Töchter unserer Parteigenossen zu berücksichtigen.“

Das ist deutlich genug. Und wer die Praxis kennt, der weiß, wie prompt nicht nur die nationalsozialistischen Arbeiter, sondern besonders auch die nationalsozialistischen leitenden Beamten nach dieser Parole zu handeln sich bemühen.

Da taucht die Frage auf: Wußt sich das Volk und die republikanische Arbeiterschaft das gefallen lassen? Nein! Und das darf sie auch nicht. Hier muß unbedingt und sofort durchgegriffen werden. Die Möglichkeit hierzu ist durchaus gegeben durch entsprechende Handhabung und evtl. Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung. Es muß verlangt werden, daß der Reichsarbeitsminister sofort von der Möglichkeit Gebrauch macht, die im Paragraphen 65 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Berufsberatung gegeben ist. Der Paragraph lautet in seinen entscheidenden Stellen:

„Der Reichsarbeitsminister kann nach Anhörung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt anordnen, daß Arbeitgeber, die bei ihnen vorhandenen offenen Arbeitsplätze bei dem zuständigen Arbeitsamt anzumelden haben. Die Anmeldepflicht darf sich nur auf Arbeitsplätze für Arbeitnehmer erstrecken, die der Kranken- oder Angestelltenversicherung unterliegen. Sie darf sich nicht erstrecken auf Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und Hauswirtschaft und in solchen Betrieben, die weniger als fünf Arbeitnehmer beschäftigen.“

Hier muß sofort den Unternehmern die Meldepflicht dem Arbeitsamt gegenüber dekretiert werden unter Ausdehnung dieser Pflicht auf alle Arbeitsplätze und insbesondere unter Einführung des Benutzungszwanges der Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter. Das hieße also, daß die Einstellung von Arbeitskräften nur durch Vermittlung des Arbeitsamtes möglich sein dürfte. Es geht einfach nicht und ist einer gesunden Volkswirtschaft zuwider, daß mit der nationalen Arbeitsnot und den seelischen und materiellen Opfern, die gerade das deutsche Arbeitsvolk in dieser schweren Krise leistet, ein Schachergeschäft organisiert und getrieben wird zugunsten politisch-gegnungsmäßiger Korruption. Hier gibt es nur die beiden Möglichkeiten, daß entweder das Arbeitgeberum freimüßig auf die begonnene Handlungsweise verzichtet, oder aber derselben über dem Wege der Gesetzgebung ein radikales Ende bereitet wird. Es wäre gut, wenn alle maßgebenden Instanzen dieser Frage sofort ihr ganzes Interesse schenken würden.

Benutzungszwang der öffentlichen Arbeitsvermittlung.

Die große Arbeitsnot in Deutschland bewirkt allmählich eine materielle und moralische Zerrüttung in der Arbeiterschaft. Millionen Arbeitsloser stehen draußen und halten verzweiflungsvoll Kamisch, ob sich nicht irgendwo wieder Arbeits- und damit volle Verdienstmöglichkeit für sie zeigt. Weitere Millionen leben in qualender Ungewißheit darüber, ob ihnen der Arbeitsplatz auch in den kommenden Monaten, besonders in kommenden Winter, erhalten bleibt. Dieser Zustand schafft in beiden Fällen schließlich eine Gemütsverfassung, in der, aus dem Trieb der materiellen Selbsterhaltung heraus, jedes Mittel als geheißigt und erlaubt angesehen wird, das zum Zwecke der Beschaffung bzw. Sicherung eines Arbeitsplatzes sich darbietet.

Diese Tatsache macht sich nun das reaktionäre Herrrentum in Politik und Wirtschaft zunutze. Eine ungeheure gesinnungsmäßige Korruption ist eingeleitet insofern, daß man die Gewährung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes als Gegenleistung darbietet dafür, daß der betreffende Arbeiter sich als desinteressiert bekennt an den von dem reaktionären

Unternehmertum bekämpften Parteien und Gewerkschaften (SPD. und freie Gewerkschaften) und die Mitgliedschaft erwirbt in einer reaktionären Organisation, wie Berggemeinschaft, Stahlhelm und besonders Nationalsozialistische Partei.

Diese Tatsache ist heute in allen Berufsgruppen festzustellen und fast jedem Arbeiter bekannt. Sie ist das Resultat von Versprechungen und Abmachungen zwischen nationalsozialistischen Führergruppen und ihnen gesinnungsmäßig verwandten Unternehmern. Insbesondere aber handelt es sich auch um eine systematisch geübte Handlungsweise nationalsozialistischer und reaktionärer leitender Betriebsbeamten, die in Besprechungen und durch Rundschreiben ihrer Organisationsleitungen hierzu angehalten und verpflichtet werden. Hier erstreckt eine ungeheure Gefahr nicht nur für die legalen Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft. Ein großer Teil, besonders der organisatorisch indifferenten Arbeiter, die aber auch durchaus nichts von den reaktionären und besonders hitlerischen Organisationen wissen wollen, werden so leicht verführt, eine nationalsozialistische Gesinnung zu bezeugen, nur um dadurch sich Vorteil zu verschaffen. Daß das schließlich den ganzen Charakter

Immer noch Hausierhandel mit Postermöbeln.

Für den Eingeweihten ist es eine alte Erfahrung, daß in Zeiten niebergelagerter Wirtschaft, welche eine Senkung der Kaufkraft der Bevölkerung nach sich zieht, auch das Angebot der Schmuckfurnern wächst. Kein Wunder, daß in der gegenwärtigen Krise auf diesem Gebiet tolle Blüten gezeitigt werden. Immer wieder finden die Geübten Mittel und Wege, ihre Erzeugnisse, verleben mit irgendeinem Reklametext, an den Mann zu bringen. Erst kürzlich ging durch die Fachpresse die Notiz, daß eine Firma eine Ladung von den bereits zur traurigen Berühmtheit gelangten sogenannten Ruhe- oder Liegesofas per Bahn nach Jerbst verfrachtete, aber ohne nähere Bestimmungsadresse. Dadurch kam die Ladung nicht zur Ablieferung. Wie es auch sei, an dem Rücktransport hatte man wenig Interesse, und so blieb der Güterbahnhofsbehörde nichts anderes übrig, als die „Fracht“ meistbietend zu versteigern. Es mußte gelachen, denn die Frachtgebühr mußte doch bei der Versteigerung herauskommen. Aber nicht nur diese, sondern die ganze Ladung soll dabei losgeschlagen worden sein. Ob eine ausgelochte Pfiffligkeit dahinter steckt? Ob gewollt oder nicht, das Ziel war erreicht. Aber dies ist nur ein Beispiel von vielen. Wiederholt erhielten wir Zuschriften, daß gelegentlich immer wieder wilde Händler oder solche mit Gewerbebescheinigen für Obst, Gemüse und Liegesofas — leider kein Scherz — austauschen und für ihre Schundware immer noch Abnehmer finden. Natürlich haben wir als Arbeitnehmer gleichfalls ein Interesse daran, diesen Hausierern das Handwerk zu legen. Betsach ist von unseren Kollegen in den Orten, wo diese Händler aufstauten, alles aufgebunden worden, um diesen gewerbeschädigenden Mißstand abzuwehren.

Einige Hersteller erdreisten sich neuerdings sogar, dem nichtsahnenden Käufer einzureden, ihre Ware wäre deshalb so billig, weil sie nach „Ford's berühmtem Muster“ — alle drei bis vier Minuten — so ein Liegesofa herstellen, und daß durch die Massenherstellung sich die Billigkeit ergebe. Von Billigkeit kann schon deshalb keine Rede sein, weil die Verarbeitung so schlecht ist, daß der Käufer stets der Betrogene ist. In einem Extrablatt brüsten diese Firmen sich noch damit, daß sie ihr „System“ auch nach den Fachleuten bestens empfehlen können. Aber geht es nicht mehr! Das was Ganze eine grobe Irreführung des laufenden Publikums schimmiger Art ist, das nur nebenbei.

Die Petition, die seinerzeit in dieser Sache dem Reichstag mit dem Antrag auf Verbot des Haus-

ierhandels mit Postermöbeln zugeht und von uns mit den interessierten Reichsverbänden der Sattler- und Tapezierermeister eingereicht wurde, hat umständlicher eine Verzögerung erfahren. Unterdessen haben verschiedene zuständige Behörden insofern eingegriffen, indem sie einen Wander-gewerbebescheinigen nicht mehr ausstellten. Durch diese Abwehrmaßnahmen ist das Hausieren mit Postermöbeln zwar eingebremst worden, aber noch nicht verschwunden. Erst kürzlich ist deshalb die Mitteilung, die das preussische Justizministerium in dieser Sache kürzlich auf eine kleine Anfrage hin gemacht hatte und die folgenden Wortlaut hat:

„Bei der parlamentarischen Erledigung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aenderung der Gewerbeordnung ist mit einer Ergänzung des § 56 zu rechnen, die den Handel mit Postermöbeln im Umherziehen verbietet. Die Staatsregierung wird sich für eine solche Aenderung der Gewerbeordnung einsetzen.“

Wollen wir annehmen, daß dies sehr bald Tatsache wird, um damit etwas Durchgreifendes zu schaffen. Eine beschleunigte Abänderung des bisherigen Zustandes liegt nicht nur im Interesse des Gewerbes und der Beschäftigten, sondern damit wäre auch eine Ueberverteilung des Käufers vermieden, der bei solchen Produkten immer der Leidtragende ist. — f. g. —

Die überseeische Wirtschaftskrise im Spiegel der deutschen Ausfuhrstatistik.

Der Preissturz der Rohstoffe, zu dem sich in einer Anzahl von Ländern nach Valuta- und Kredit-schwierigkeiten gesellten, hat die Aufnahmefähigkeit der überseeischen Länder für ausländische Fertigprodukte außerordentlich geschwächt. Die deutsche Ausfuhr nach Uebersee wurde von diesem Kaufkraftschwund aus stark in Mitleidenhaft gezogen. Die Ausfuhrstatistik für das erste Halbjahr des laufenden Jahres zeigt die Schrumpfung der deutschen Ausfuhr nach Uebersee gegenüber der ersten Hälfte des Vorjahres um beinahe ein Drittel, gegenüber dem ersten Halbjahr 1929 sogar um beinahe die Hälfte. Der Betrag der überseeische Ausfuhr Deutschlands im ersten Halbjahr 1929 noch 1807, 1930 1450 Millionen Mark, so sank sie im ersten Halbjahr des laufenden Jahres auf 980 Millionen. Am bedeutungsvollsten ist der Ausfuhrrückgang nach Amerika. Diese Ausfuhr sank von 1050 Millionen

Mark im ersten Halbjahr 1929 auf 834 Millionen 1930 und 514 Millionen 1931. Die Vereinigten Staaten kauften von Deutschland um ein Drittel weniger als im Vorjahre und um die Hälfte weniger als vor zwei Jahren. Der Ausfuhrückgang nach Argentinien betrug gegenüber dem Vorjahre 40 Proz., gegenüber 1929 50 Proz. Brasilien kaufte um 60 Proz. weniger als vor zwei Jahren, 40 Proz. weniger als im Vorjahre. Die Ausfuhr nach Mexiko sank gegenüber dem Vorjahre auf beinahe die Hälfte, ebenso die Ausfuhr nach Venezuela, während Chile im laufenden Jahre weniger als die Hälfte seiner vorjährigen Käufe in Deutschland machte. Die Ausfuhr nach Australien, die ansonst nicht sehr groß war, schrumpfte in diesem Jahre völlig zusammen. Australien kauft zur Zeit von Deutschland etwa so viel wie Estland oder Columbien. Die Ausfuhr nach British-Indien sank gegenüber dem Vorjahre, als sie noch keinen Rückgang aufwies, um 25 Proz.

Ohne Gewerkschaften keine Republik.

In der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ Nr. 200 werden interessante Einzelheiten über den Verlauf der letzten Mitgliederversammlung des Mecklenburg-Strelitzer Landbundes, die ausgerechnet am Verfassungstag stattfand, mitgeteilt. An der Versammlung nahm auch der Führer des Landbundes, der bekannte Herr v. Rohr, teil. Er sprach über das Thema: „Die Stellung der Landwirtschaft in der nationalen Revolution.“ Dabei kam er, wie es bei seinem sprichwörtlichen Haß gegen die Gewerkschaften kaum zu erwarten, auch auf sie zu sprechen. Er erklärte unter anderem:

„Das heutige System wäre bereits am Ende, und wir könnten froher in die Zukunft schauen, wenn nicht diese schwerfällige, schwer bewegliche Macht des gegenwärtigen Gewerkschaftsapparates hinter dem heutigen System stände.“

Diese Ausführungen sind eine glänzende Rechtfertigung der Haltung der Gewerkschaften. Herr von Rohr sieht in ihnen den Faktor, dem der heutige Staat seine Existenz verdankt. Trotzdem die Tatsache, daß die Gewerkschaften bei den maßgebenden Stellen des heutigen Staates noch immer schwer um Verständnis für ihre Wünsche ringen müssen. Ja, daß eine Politik getrieben wird, die alles andere denn gewerkschaftsfeindlich ist. Ist das nicht ein höchst bedauerlicher Zustand?

Die Auffassung des Landbündlers von Rohr sollte die Führung des heutigen Staates mahnen, Einkehr zu halten und sich endlich der Unhaltbarkeit ihrer heutigen Einstellung bewußt zu sein.

Vom Deutschen Ledermuseum.

Im Museen ist sicher kein Mangel im deutschen Land. Neben den großen Nationalmuseen in Berlin, Dresden, München, Nürnberg und einigen anderen Städten gibt es eine große Zahl sogenannter Heimatmuseen, welche Sammlungen von historischen Werten aus dem Vergangenen ihrer engeren Heimat oder zu Ehren und zum Andenken eines ihrer großen Söhne der Nachwelt erhalten haben.

Aber es gibt noch eine andere Gattung von Museen. Solche, die nicht nur das Vergangene zeigen, sondern die durch ihre Zweckbestimmung Brücken zu dem lebendigen Pulsschlag unserer Zeit schlagen haben und die logische Fortentwicklung des Gemeinen mit der Gegenwart und dem Künftigen aufs engste zu verflechten suchen. Als ragendes Beispiel mag das Technische Museum in München gelten. Da steht die Arbeitstechnik von unseren Vorfahren aus grauer Vorzeit mit ihren primitiven Werkzeugen neben dem fortentwickeltesten handwerklichen Können des aufstrebenden Gewerbestandes im Mittelalter, in Verbindung mit den ersten Erfindungen und den Erfindungen des beginnenden Maschinenzeitalters. Ueber die Dampfmaschine hinaus zur Elektrizität und dem weiteren Aufwärtstreben moderner Technik hat hier in fast geschlossener Reihenfolge das Erzeugnis eine bleibende Stätte menschlicher Schaffenskraft gefunden.

Und wer will leugnen, daß diese Sammlungen, mögen sie auf prähistorischem Gebiet liegen, aus dem reichen Füllhorn der bildenden Künste fließen oder aus zweckdienlicher Art sein, sie geben nicht nur dem Beobachter, dem Fachmann Aufschluß über die Wandlungen des Geschehenen — um daraus von neuem für die werdende Zeit zu schöpfen —, Museumswanderungen sind auch für jeden, der Lust und Liebe je nach Rang und Veranlagung zu dem Beobachter zeigt, sicher Stunden der inneren Bereicherung.

Neben den genannten umfassenden Museen sind bekanntlich Sammlungen auf Spezialgebieten gleichfalls in manchen Orten vorhanden, wenn auch diesen wegen der Begrenzung ihres Aufgabengebietes und der gesteckten Zweckbestimmung ein engerer Wirkungsbereich gezogen ist. So sind diese Sammlungen doch von unschätzbarem Wert. Denn auch hier ist nicht nur die Sammlung von Seltenheitswerten das allein Ausschlaggebende, sondern das Heranschauliche

das in der Arbeitstechnik dieses oder jenes Gegenstandes liegt, neben der wechselnden Geschmacksrichtung, das Wertvollere zur Anregung neuer Ideen. Was interessant ist doch die Schaustellung der jeweiligen Arbeitstechnik bei der Verarbeitung des Materials in der Wandlung vom rein handwerklichen Individualprodukt bis zum sozialen Massenprodukt unserer Zeit. Sammlungen, die die Aufgabe haben, historische Werte neben dem eigentlichen Zweck, die jeweilige Arbeitstechnik im Laufe der Zeiten darzustellen, durch Auswahl gediegener hoher künstlerischer und kunstgewerblicher Arbeit, haben sicher ihren Zweck nicht verfehlt.

Eine solche Zweckbestimmung hat sich auch das Deutsche Ledermuseum zum Ziel gesetzt und die Sammlungen, welche in der kurzen Zeit ihres Bestehens vorhanden sind, verdienen besonders unsere Aufmerksamkeit, sind es doch viele Arbeiten, die gerade unseren Beruf anerkennen. Es ist überhaupt das einzige Museum dieser Art. Das Ledermuseum hat die Bestimmung, die Ledergewinnung und Lederverarbeitung aller Zeiten und Völker zur Darstellung zu bringen, alles hierauf — wie auch auf verwandte Berufsgebiete — bezügliche Material zu sammeln, zu verarbeiten und im Interesse der Gegenwart und künftigen Zeiten belehrend nutzbar zu machen. Während der Kriegszeit und nun darauf folgenden Jahren wurde von dem bekannten Bau- und Innenarchitekten, Professor Hugo Eberhardt, mit Hilfe von Freunden der Sache, die Grundlage durch die zusammengebrachte, ausgedehnte Sammlung, welche dem Deutschen Ledermuseum übereignet wurde, geschaffen. Zur Erfüllung des Zweckes des Museums dienen:

1. Die Sammlung der auf die Ledergewinnung und Lederverarbeitung bezüglichen Gegenstände kulturgeschichtlicher und kunstgeschichtlicher, sowie technischer Art in Urstoffen, Rauh- oder Abbildungen, Modellen, Mustern, graphische oder plastische Darstellungen, Tabellen usw. nach Sachgebieten geordnet.
2. Eine Bücherei, welche die Fachliteratur in möglicher Verständlichkeit sammeln und nutzbar machen soll.
3. Ein Archiv, das alles auf die Ledergewinnung und Lederverarbeitung bezügliche urkundliche Material an Gesetzen, Verordnungen, Bekanntmachungen, Berichten, Statistiken, Abbildungen,

Modellen usw. sammeln, aufbewahren und belehrender, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Auswertung nutzbar machen soll.

4. Eine Auskunfts- und Vermittlungsstelle für die einschlägigen belehrenden, praktischen, technischen und künstlerischen Fragen.

Ferner Veröffentlichungen und Vorträge.

Es würde zu weit führen, wollte man nur annähernd all die Gegenstände, die des Betrachtens wert sind, Revue passieren lassen. Nur einige seien erwähnt. Neben Leder, Häuten und mancher Kuriositäten sind Ledertoffer, Ledertaschen, Lederarbeiten, Lederreize, Sättel, Reizeuge, Ausrüstungsgegenstände, Tapeten, ferner Lederbanden, Lederbekleidung von den verschiedensten Völkern und Zeitepochen in geschicht geordneter Weise zur Schau gestellt. Neuerdings zeigt das Museum ein chinesisches Schattenspiel in Tausenden von Exemplaren, die in einzelnen mit großer Präzision aus Elfenhaut geschnitten und farbenprächtig koloriert, alle möglichen Figuren und Darstellungen des chinesischen Volkslebens wiedergebend und vom hohen Können dieses alten Kulturvolkes Zeugnis ablegen. Jeder der Gelegenheit hat, sollte sich das Museum schon deswegen ansehen. Erwähnenswert sind ferner die ersten Erzeugnisse des Portefeullergewerbes, das bekanntlich in Offenbach nicht nur seine Entstehung hatte, sondern durch gute Qualität seiner Lederwaren ihren Beitrag beitrug. Neben den Wissen und Förderern des Museums ist es das Verdienst des Museumleiters, Professor Eberhardt, daß die Sammlungen unter seiner Obhut infolge seiner umsichtigen und aufopfernden Hingabe in der kurzen Zeit ihres Bestehens durch manche gute Stücke bereichert werden konnten. Schon ist der Raum zu klein —, aber das ist nicht nur eine Frage des Willens, denn auch hier macht sich die wirtschaftliche Not unserer Zeit bemerkbar. Trotz alledem hat die Leitung des Museums es verstanden, nicht nur das Interesse des Fachmannes zu erwecken, sondern trug durch die Schaustellung dazu bei, auch die Allgemeinheit für sich zu gewinnen. Und gerade in unserer Zeit wäre zu wünschen, daß die Qualitätsarbeit, welche die Offenbacher Lederwaren in der Welt zu Ansehen brachte, wiederum zu neuem Aufschwung kommen möge. Offenbach mit seinen tausenden arbeitslosen Lederarbeitern wäre dadurch die langersehnte Arbeitsmöglichkeit gegeben.

Entschliefungen des Gewerkschafts- kongresses in Frankfurt a. M.

I.

Heimarbeiter und Arbeitslosenversicherung.

„Der vierte Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes lehnt alle Bestrebungen ab, die auf die Herausnahme der Heimarbeiterkraft aus der Arbeitslosenversicherung gerichtet sind. Er bekämpft auch die Beschränkungen, die laut Notverordnung für den Arbeitsschutz der jugendlichen und weiblichen Arbeitnehmer eingebaut worden sind.“

Der Bundestag fordert vielmehr die Einbeziehung der Heimarbeiterkraft in die Arbeitslosenversicherung und verlangt die Wiederherstellung des uneingeschränkten Rechtsanspruches auf Unterstützung der erwerbslosen Jugendlichen und verheirateten weiblichen Arbeitnehmer.“

Zum Bericht des Bundesvorstandes.

Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Maße die Tendenz, durch Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft zu erzielen. Gegen diese einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schwersten und vielfach die nackte Existenz gefährdenden Opfern muß der Kongress um so mehr Einspruch erheben, als er der festen Überzeugung ist, daß auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Vereindug der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, friedlichen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind.

Nicht minder scharf muß verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Bestreben der Regierung, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen. Der Kongress weist entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entrechtung der Arbeiter auszunutzen.

Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Versicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sehen sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Erhaltung und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Sie verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben, die Gewährleistung verstärkten Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperschaften, sie fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Beseitigung der unerträglichen Härten und Rechtsbeschränkungen, deren sich insbesondere die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.

Der internationale Charakter der heutigen Krise erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden.

Der Kongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.

Der Gewerkschaftskongress beauftragt den Bundesvorstand, dahin zu wirken, daß die Reichsversicherungsordnung, das Angestelltenversicherungsgezet und das Arbeitslosenversicherungsgesetz in dem Sinne geändert werden, daß in allen Versicherungsweigen als Voraussetzung für den Unterstützungsanspruch das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis, nicht aber die Tatsache der Beitragsleistung, und als Maßstab für die Unterstützungshöhe die Höhe des Lohnes und nicht die Höhe der Beiträge gilt. Für die Steigerungslage in der Invalidenversicherung soll gleichfalls die gesamte Dauer versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, nicht aber die Zahl der Beiträge maßgebend sein.

Umwälzungen in der Wirtschaft und Vierzigstundenswoche.

Die Weltwirtschaftskrise ist in ihrer Dauer und Schwere durch die Ueberlagerung zahlreicher Störungen verursacht. Das gewohnte Krisenmoment der kapitalistischen Wirtschaft, die Spannung zwischen Erzeugungsmöglichkeiten und Kaufkraft, hat außerordentliche Ausmaße angenommen. Hinzugetreten ist eine Reihe von Sonderursachen, deren Wirkungen insbesondere Deutschland katastrophal getroffen haben.

Die Entwicklung der Krise hat in eindringlicher Weise gezeigt, daß die politische Organisation der

Welt nicht den für die Wirtschaft erforderlichen Grad erreicht hat. Die Welt steht vor der Wahl, die politischen Spannungen durch eine aufrichtige Abgabe an den Krieg, d. h. durch allgemeine Abrüstung, zu beseitigen und derart die notwendige Vorbedingung für eine Weltwirtschaft zu erfüllen — oder auf den weltwirtschaftlichen Zusammenhang zu verzichten und alle hieraus sich ergebenden schlimmen Folgen zu tragen.

Der Kongress bekräftigt mit Nachdruck die Forderungen, die der Bundesvorstand und der Bundesausschuß des ADGB in ihren wiederholten Kundgebungen zur Einleitung des Heilungsprozesses erhoben haben. In der Erkenntnis, daß selbst bei günstiger Entwicklung eine volle Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates nicht sehr bald zu erwarten ist, betont der Kongress insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Diese Maßnahme ist möglich und aus sozialen und politischen Gründen unabweisbar.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach der gesetzlichen allgemeinen vierzigstündigen Arbeitswoche weiterhin mit größter Entschiedenheit zu vertreten. Der Kongress verpflichtet alle Funktionäre der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mitglieder, sich mit allen Kräften für diese Forderung einzusetzen, um den nationalen Notstand der Erwerbslosigkeit zu lindern und die brachliegende Arbeitskraft wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.

Öffentliche und private Wirtschaft.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist neben den Auswirkungen des Weltkrieges auf das Verlagen des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen. Eine der Voraussetzungen zur Ueberwindung der Krise ist die verstärkte Einschränkung der öffentlichen Hand auf die Gesamtwirtschaft und ihre Funktionen.

Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperschaften entspringt ihrem geschichtlichen Aufgabenkreis. Ein wesentliches Charakteristikum der Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der privaten in die öffentliche Sphäre.

Die Forderung der Privatwirtschaft nach Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft widerpricht allen Erfahrungen der letzten Jahre, die eindeutig das Dogma widerlegt haben, daß Privatbetriebe an sich gut, öffentliche Betriebe an sich schlecht seien. Immer häufiger haben gerade Privatbetriebe die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und damit das Risiko auf den Staat abgewälzt. Die ungeheuren Festinvestitionen in der Privatwirtschaft haben die Behauptung von der Schwerindustrie der öffentlichen Hand als Legende klar erkennen lassen.

Der Niedergang der deutschen Gesamtwirtschaft ist wesentlich dadurch mitbedingt, daß die öffentliche Wirtschaft durch systematische Kreditbremsung zu einer starken Einschränkung öffentlicher Arbeiten gezwungen wurde. Neue Erschütterungen der Gesamtwirtschaft wären unausbleiblich, wenn die öffentlichen Betriebe wieder privatwirtschaftlichem Rentenwillen überantwortet würden. Angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung erfordert das Gemeinwohl die Erhaltung der öffentlichen Unternehmungen und ihren gemeinwirtschaftlichen Ausbau. Vornehmstes Wirtschaftsziel der öffentlichen Unternehmungen kann nicht der Profitwille sein, sondern der Dienstwille an der Gesamtheit. Diese soziale und wirtschaftliche Zielsetzung muß auch in der Stellung zum Ausdruck kommen, die die öffentlichen Betriebe ihren Arbeitnehmern gewähren.

Abzulehnen sind alle direkten und indirekten Maßnahmen, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der öffentlichen Körperschaften einengen. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik muß es vielmehr sein, die öffentliche Hand und ihre Wirtschaftskräfte in stärkstem Maße für eine Milderung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Zu fordern ist eine Erweiterung der Betätigung der öffentlichen Hand auf allen Gebieten, die sich für eine zentrale Planung eignen und dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Zur Produktionsanregung in diesem Sinne eignen sich vor allem die öffentliche Energiewirtschaft, das Verkehrsweien und die Wohnungswirtschaft.

Voraussetzung dafür ist die planmäßige Zusammenfassung der öffentlichen Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Die öffentlichen Sparkassen und Bankunternehmungen müssen dabei stärker als bisher in den Dienst der Wirtschaftsaufgaben der öffentlichen Körperschaften gestellt werden.

Der Kongress erblickt in der Verstärkung der Einschränkung der öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige die Möglichkeit gemeinwirtschaftlichen Handelns schon in den kapitalistischen Wirtschaftssystem und den geeigneten Weg für die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft.

Berichte aus den Verwaltungen

Berlin. Die außerordentliche Funktionärerversammlung der Berliner Ortsverwaltung nahm am Donnerstag, dem 10. September 1931, vom Kollegen Oßen einen ausführlichen Bericht vom Frankfurter Gewerkschaftskongress entgegen.

Kollege Oßen betonte, daß wohl selten ein Kongress unter so schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen getagt habe wie gerade dieser Gewerkschaftskongress. Während in der Scheinblüte der Konjunktur von 1924 bis 1929 eine übertrieben technische Hervollkommnung der Produktion durchgeführt wurde, sehen auf der anderen Seite in anderen Ländern, beispielsweise im Fernen Osten, die Absatzmärkte, und so mußte dieser Krisenzustand eintreten. Hinzukommt, daß durch die falsche Kreditpolitik mit unzulänglichen Mitteln gearbeitet wurde und Fehlinvestitionen sich zum Schaden der Allgemeinheit auswirkten mußten. Weiter kommt hinzu, daß die Kaufkraft mit der Produktionssteigerung nicht Schritt gehalten hat. Im Gegenteil, durch die weitere Freilegung von Arbeitskräften oder durch den Lohnabbau bei den noch in Arbeit stehenden weitere Ursachen zur Krisenverschärfung geschaffen wurden.

Auch die ungünstige Lage der Landwirtschaft und die Reparationen haben ihr Teil dazu beigetragen. Die politische Unruhe als Folge dieser verworrenen Zustände kam noch hinzu, so daß das Vertrauen, daß Deutschland als wichtiger Faktor innerhalb der Weltwirtschaft braucht, vollends erschüttert wurde. Und da zur Wirtschaft nicht nur die Wirtschaftsführer, sondern auch die Arbeiter gehören, stand der Frankfurter Gewerkschaftskongress mit seinen 307 Delegierten als berufener Vertreter von Millionen von Arbeitern vor diesen Problemen, um gegenüber den Wirtschafts- und Regierungsmächten die Interessen der Arbeiterkraft zu vertreten.

Nach der Eröffnungsrede des Kollegen Leipart führte der Reichsarbeitsminister Stegerwald aus, daß die Riesegehälter ein Volksrärgernis bilden, daß er in einem Sturm auf Löhne und Gehälter allein die Lösung der Wirtschaftskrise absehe, die Erhaltung des staatlichen Schlichtungswesens behalte. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung äußerte sich Herr Stegerwald nur sehr verschwommen.

Den Bericht des Bundesvorstandes erstattete Kollege Leipart. Es geht daraus hervor, daß die Tariflöhne in den Jahren 1928 und 1929 um 13 Proz. erhöht wurden, vom Jahre 1930 ab dagegen nicht nur die übertariflichen Verdienste, sondern auch die Tariflöhne sehr stark zurückgegangen sind. Weiter berichtete er über den Kampf des ADGB gegen die Notverordnungen und um die Sozialversicherung. Die anschließende Debatte über den Bericht war eine einzige Anklage gegen Regierung und Unternehmertum.

Prof. Dr. Lederer, Heidelberg, referierte über „die Umwälzung in der Wirtschaft und die Vierzigstundenswoche“. Er schilderte die Planlosigkeit unseres ganzen Wirtschaftssystems und glaubt in der Vierzigstundenswoche ein wesentliches Mittel zur Erleichterung der Arbeitsmarktlage zu sehen, da die Arbeitslosigkeit eine Dauererscheinung zu werden beginnt.

Ueber „öffentliche und private Wirtschaft“ referierte der Altonaer Oberbürgermeister Brauer. Er zeigte auf, daß nicht die öffentliche Wirtschaft, sondern die Privatwirtschaft verlagert habe, und daß die Kreditpolitik Schwachs zu Schwierigkeiten führen mußte. Es gilt, alle Kräfte zusammenzufassen, um den Angriff der privaten Wirtschaftsführer auf die öffentliche Wirtschaft abzuwehren und die öffentliche Wirtschaft weiter auszubauen, die heute schon der größte Auftraggeber Deutschlands ist.

In seinem Referat „Ausbau des Arbeitsrechts“ betonte der Kollege Körpel, daß das kollektive Arbeitsrecht noch unvollkommen sei, und forderte dessen weiteren Ausbau. Er geißelte besonders die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts und forderte eine schnelle Durchführung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens. Weiter verlangte er die Einbeziehung der Beurlinger in die Tarifverträge und die gesetzliche Regelung des Urlaubs. Zur Durchsetzung aller dieser Forderungen ist am günstigsten die eigene Kraft.

Zwei wichtige Kundgebungen der organisierten Arbeiterkraft, eine vor Beginn des Kongresses in Frankfurt a. Main, eine in Mainz, brachten die Geschlossenheit und den Verteidigungswillen der Arbeiter der ganzen Welt zum Ausdruck. Kollege Oßen schloß seinen Bericht mit den Worten, daß dem Wahnsinn, daß bei allem Ueberfluß in der Welt Not und Elend herrscht und Millionen von Arbeitlosen hungern, nur abzuhelfen ist durch eine einzige und starke Arbeiterkraft. Paul Steinführer.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Reichstarif für die Ledertreibriemen-Industrie

Der bekanntlich zum 30. September 1931 von dem Arbeitgeberverband der Ledertreibriemen-Industrie gekündigt wurde, läuft mit seinen derzeitigen Bestimmungen weiter, bis es zu einem eventuellen Abschluß eines neuen Vertrages kommt.

Verhandlungen zum Neuabschluß des Vertrages haben trotz unseres Drängens bisher nicht stattgefunden. Sobald Näheres in Aussicht steht, werden wir berichten.

Berlin, 27. September 1931.

Der Hauptvorstand,
F. Gerhardt.

Treibriemer.

Bad Kreuznach. Zwischen der Firma Lederwerke Carl Altona A.-G. und unserer Gauleitung in Frankfurt a. M. wurde eine neue Lohnvereinbarung getroffen, wonach der Lohn vom 7. September bis zum 31. Dezember 1931 0,90 M. beträgt.

Tapezierer.

Mannheim. Der Streik bei der Firma Keutlinger u. Co. ist mit Erfolg beendet worden. Der alte Lohn wird weitergezahlt und der entlassene Kollege als erster wieder eingestellt.

Allgemeinverbindlichkeitserklärung.

Der Lohnstarif der Lederwarenindustrie für Rheinland-Westfalen, abgeschlossen am 29. Juli 1931, ist für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die AB. ist eingetragenen am 12. September 1931 auf Blatt 6891 I Bd. Nr. 5 des Tarifregisters und beginnt mit dem 1. September 1931.

Kassel. Versammlung vom 11. September 1931. Kassierer H. Bohl gab einen kurzen Bericht über seine Eindrücke, die er als Teilnehmer an einem Kurus der Bundeschule Bernau gewonnen hatte. Er betonte, Zweck und Ziel der Schule sei, den Gewerkschaftsfunktionären einen Einblick in die Themen der Gewerkschaftspolitik zu gewähren.

Es folgte ein Vortrag des Genossen Studienassessor Hein Herbers über „Arbeitsbewegung und Arbeiterkraft“. Redner begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die bürgerliche Friedensbewegung nicht mehr international sei, der revolutionäre Geist von 1848 liege längst dahin, ja man könne sogar eine systematische Erziehung der Bürgerlichen in bezug auf die Wahl des Erbfeindes feststellen, der einmal in England oder Frankreich oder Polen gelehrt werde. Den besten Beweis dieser systematischen Erziehung zum Völkerverhaß glaubt Redner in der Zahl von zwei Millionen Kriegsfreiwilligen feststellen zu müssen. Er selbst habe als solcher am Kriege teilgenommen und durch die persönlichen Ergebnisse den Weg zum Pazifismus gefunden. Da nun das Bürgerturn verjagt, sei es Pflicht der Arbeiterchaft, den Kampf um den Weltfrieden zu führen, was ja auch ein Stück Sozialismus sei. Allerdings wäre dieser Kampf noch ein schwerer, habe man doch gerade jetzt große Mühe, um das Bestehende zu erhalten. Wenn auch das Vernichten der Weltvorräte an Baumwolle, Kaffee usw. eine Fällnis in der privatkapitalistischen Produktion anzeige, so sei die Überwindung derselben noch nicht vorauszusehen. Die Eroberung der politischen Macht sei Vorbedingung des wirklichen Sozialismus, und dies könne nur international erreicht werden. Weiter, so betonte der Redner, führe die Arbeiterchaft ihre Kämpfe noch immer zu sehr national; streite der Bergarbeiter in England, so arbeite man in Deutschland überlicherweise und umgekehrt, wie es ja die vergangenen Kämpfe im Bergbau gelehrt hätten. Das Kapital helfe sich gegenseitig aus, während der Arbeiter unterliege. Der Front des internationalen Kapitals müsse auch die Arbeiterchaft international entgegenreten. Aber leider vertrete man es immer noch zu gut, die Völker durch nationale Phrasen von ihrem Endziel abzuhalten. Während man der Arbeiterchaft, sei es in England, Frankreich, Deutschland oder Polen, bewußt die Geistes- und Kulturgüter der Nationen vorenthalte, sei man überall darauf bedacht, die Arbeiterchaft so zu erziehen, daß sie von Zeit zu Zeit zum Völkermorden zu haben ist. Genosse Hein Herbers schilderte nun seine persönlichen Ergebnisse in dieser Beziehung. Als Friedensfreund habe er schon oft die Gelegenheit gehabt, in Frankreich Vorträge zu halten, die überall begeistert von der Jugendtschaft aufgenommen worden seien, nur die Presse verluche immer wieder das Sichersehen der Menschen untereinander zu zerklüften. In Frankreich

bringe die Presse mit Vorliebe Berichte aus deutlichen Naziflätern und Bilder von deutschen Regiments-treffen usw., während die deutsche Rechtspresse den Haß gegen Frankreich predige. Diese nationale Drefsur müsse vorwinden, denn sie führe gewöhnlich zum Kriege, und was Krieg bedeute, wisse die Menschheit nach dem großen Völkerringen zur Genüge. Darum solange die Arbeiterchaft zum Kriege zu haben sei und sich noch gegenseitig zersee, kann der Sozialismus nicht verwirklicht werden. Die Internationale muß zur Machtstellung ausgebaut werden, um drohende Kriege zu verhindern. Ferner müsse das Proletariat endlich zur Selbstzerziehung kommen und den verwerflichen Kabovergehoriam bekämpfen, um sich nicht länger zum Werkzeug des Kapitals machen zu lassen. Heute hungere das Millionenheer der Arbeitslosen, nur weil während des Krieges das Vermögen der Völker verkleinert wurde. — Langanhaltender Beifall beehrte den Redner für seine vorzüglichen Ausführungen.

Koburg. Kollege Dressel gab einen kurzen Bericht von den örtlichen Verhältnissen. Jetzt sollen die Frauen das Postergewerbe in Koburg und Umgebung retten. Der Redner streifte verschiedene Auswüchse in den Betrieben und forderte zu festem Zusammenschluß in der Organisation auf. Gauleiter Kollege Hans Böhner gab einen Bericht über die Lage im Reich. In seinen Ausführungen schilderte er in packender Weise die Zusammenfassungen der Kapitalisten in Kartelle und Spindlatale einerseits, Not und Verelendung der Arbeiterchaft andererseits. Starker Beifall dankte dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Am Schluß der Versammlung wurden die Kollegen W. Köller und B. Köhr für ihre 25jährige Treue zum Verband durch ein Diplom und eine kleine Aufmerksamkeit durch den Gauleiter H. Böhner geehrt; gemüthliches Beifallsessen der Versammlungsteilnehmer bildete den Abschluß.

Deutschlands Auslandsgläubiger.

Das Gutachten der Baseler Sachverständigen-Kommission enthält ausführliche Angaben über die Höhe und die Verteilung der lang- und kurzfristigen Auslandsverschuldung Deutschlands. Die langfristige (10-30 Jahre) Verschuldung beträgt 9,5 Milliarden Mark. Davon entfielen 2,4 Milliarden auf die Dames- und Young-Anleihen, 1,9 Milliarden auf Anleihen der Länder und der Gemeinden, 1,4 Milliarden auf Anleihen der Versorgungsbetriebe, 3,6 Milliarden auf Darlehen der privaten Wirtschaft. Die langfristige Verschuldung verteilte sich auf die einzelnen Länder folgendermaßen: Vereinigte Staaten 55,2 Proz., England 11,5 Proz., Holland 12,3 Proz., Schweiz 5,1 Proz., Schweden 8,3 Proz., Frankreich 5 Proz., Belgien 0,5 Proz., Italien 0,5 Proz., andere Länder 1,3 Proz. Allerdings geben diese Verteilungsschlüssel nur über den Ort der Ausgabe der Anleihen (Emission) Aufschluß, während an den Anleihen auch Angehörige anderer Länder beteiligt wurden und auch Besitzwechsel stets erfolgen konnten. Die kurzfristige Auslandsverschuldung der deutschen Banken betrug Mitte Juli 5,1 Milliarden Mark. Die Untersuchung der Verschuldung von 28 Banken mit einer kurzfristigen Verschuldung Mitte Juli in der Höhe von 4,4 Milliarden Mark ergab die folgende Verteilung der Schulden unter den Gläubigern: Vereinigte Staaten 37,1 Proz., England 23,9 Proz., Holland 7,6 Proz., Frankreich 6,8 Proz., Schweiz 13,2 Proz., Schweden 2,3 Proz., andere Länder 9,1 Proz. Die kurzfristigen Darlehen in Form von Warenporküssen wurden überwiegend von den Vereinigten Staaten — 51,9 Proz. — und England — 29,3 Proz. — gegeben.

Rundschau

Krise auch in der italienischen Lederwarenindustrie. Wie „Die Wiener Lederwaren-Industrie“, das Fachblatt der österreichischen Lederwarenerzeuger, mitteilt, steckt auch die italienische Lederwarenindustrie inmitten einer schweren Krise, die durch die Absicht der Regierung, eine Sondersteuer auf Lederwaren im Ausmaß von 5 Proz. für billige und 10 Proz. für teure Artikel einzuführen, hervorgerufen worden ist. Da die Steuer anfangs nächsten Jahres in Kraft tritt, hat der Lederhandel seine Aufträge storniert und die Industrie sah sich gezwungen, die Betriebe zum Teil stillzulegen. Man befürchtet, daß das Wintergeschäft zum großen Teil ausfallen wird. Die Fachorganisation der italienischen Lederwarenindustrie hat bereits Schritte gegen diese Steuer unternommen doch glaubt man nicht, daß man die Einführung der Steuer wird verhindern können.

Der Lohndruckerbund Bund Artam pleite. Am 27. Juli 1931 ist vom Amtsgericht Fischhausen in Ostpreußen das Konkursverfahren gegen das Vermögen des Bundes Artam e. V. eröffnet worden. Die Ursache der Pleite ist in starker Verschuldung des Bundes zu suchen. Mit dem Verschwinden des

Bundes Artam hat eine Organisation ihr Ende erreicht, die unter dem Motto: „Freiwillige Arbeitsdienstpflicht“ den Landarbeitern schmutzige Konkurrenz machte und sich darüber hinaus darin giel, den Gewerkschaften und allen fortschrittlichen Arbeiterorganisationen zur größten Freude der Unternehmer Schwierigkeiten zu bereiten.

„Wefala“. Berlin, im Ankurs. Ueber das Vermögen der Wertgenossenschaft der Sattler- und Tapezierermeister, eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht in Liquidation, ist am 29. August 1931 von dem Amtsgericht Berlin-Mitte das Konkursverfahren eröffnet worden.

Bücherchau

„Gesundheit“. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des Berufsständigen Volks. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137.

Abschied vom Sommer! Was ist in dieser Jahreszeit für die gesundheitliche Lebensführung besonders zu beachten? Darüber unterrichtet in einer Reihe von Artikeln die September-Nummer der „Gesundheit“. Die Ausführungen über Pilsbergkuren, Rheumatismus, Hauterkrankungen durch Nerven und den seuchen Umhlag sind besonders aktuell. Auch die Arbeiten über „Speer und Nistwurf“, die „Gruseligen Geschichten“ von Prof. Dr. E. Seligmann, „Eranthosen“ und „Ungetriebte Ausflugsreisen“ werden viele Leser finden. Die Wirtschaftskrise hat auch die Krankenversicherung nicht verschont. Ueber ihren jetzigen Stand und über Möglichkeiten der ausständigen Sozialversicherung schreibt E. Schuchardt. Reichhaltige Bilder schmückt der Teil „Jumor“ ergänzen den vielseitigen Inhalt. Es empfiehlt sich, die interessante Nummer bei der Kantentasse abzuholen.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Jung, Jena, Septembertag 1931. Verlag Karl Zwilling, Berlin-Charlottenburg, Jena. Vierteljahrssubscription 3,60 M.

Aus dem Inhalt dieser anregenden Monatshefte heben wir hervor:

- Die Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise. — Planwirtschaft.
- Die Gewerkschaftspresse Deutschlands. — Die Wirtschaftskrise der Industrie für die Arbeiter. — G. A. Reichsamt Untersuchungen / Arbeiterkaffee / Bücherbau / Kurze.
- Den Ortsverwaltungen sei die Zeitschrift zum Abonnement empfohlen. Sie gibt viel des Anregenden.

Verbandsnachrichten

(Besanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 28. September bis 4. Oktober ist der 40. Wochenbeitrag 1931 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft können zurückblicken:

Nürnberg.

- Bär, Leonhard, Portefeuller.
- Gräßler, Karl, Sattler.
- Hemmerich, Josef, Sattler.
- Hoffmann, Wilhelm, Tapezierer.
- Koller, Josef, Tapezierer.
- Lorenz, Robert, Lederzuschneider.
- Scharif, Johann, Tapezierer.
- Singer, Johann, Portefeuller.
- Weser, Wilhelm, Treibriemer.
- Jung, Anna, Portefeullerin.
- Schranz, Wenz, Kofferarbeiterin.

An die Ortsverwaltungen. Um die Erhebung über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am Ende des dritten Quartals 1931 möglichst schnell und genau ermitteln zu können, eruchen wir alle Orte, die die Berichtslaste noch nicht eingeleistet haben, das Veräunte bis spätestens zum 8. Oktober nachzuholen.

Versammlungsstamder

Kaystadt-Glewe. Dienstag, den 6. Oktober 1931, nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung bei Gastwirt Offenkläger. Die Ortsverwaltung.

Stettin. Am Sonnabend, dem 17. Oktober, findet in den „Taubadur-Sälen“ (kleiner Saal), Birtenallee 24, unter 32. Stiftungszettel verbunden mit der Erhebung der Jubilare statt. Anfang 7 Uhr. Eintritt 75 Pf. Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen bittet Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel

Hamburg. Gestorben ist am 24. September der Tapezierer, Kollege Julius Gähler, im Alter von 55 Jahren.

Offenbach a. M. Am 17. September starb unser Mitglied, der Sattler Adam Kurt I. 59 Jahre alt, nach 35jähriger Mitgliedschaft.

Ehre ihrem Andenken.